



ES BRENNT Dieser Indonesier fährt mit seinem Boot durch dicken gelben Qualm auf dem Fluss Kahayan in der Provinz Kalimantan. Die Luft in Indonesien, aber auch in des-

sen Nachbarstaaten Singapur, Malaysia und bis in Teile Thailands hinein ist schon seit mehr als drei Monaten als Folge illegaler Brandrodungen für die Palmöl-Produktion

verpestet. Millionen Menschen leiden. Die Feuer könnten noch bis Ende November brennen, sagte ein indonesischer Katastrophenhelfer. UST/BILD:HUGO HUDOYOKO / DPA

GASTWIRTSCHAFT

Strategisch scheinheilig

Skandalträchtige Firmen sollen ehrlicher werden

Von Marcel Schütz

Egal ob Bank oder Supermarkt: In Personalangelegenheiten erregen routiniert skandalöse Firmen schnell Empörung. Für eine reine Weste tragen sie deshalb immer dicker auf. In Hochglanzbroschüren zeigen sie strahlende Gesichter und ausgerechnet jene Firmen, die mit großen Imagedefiziten zu kämpfen haben, stellen sich in stoischer Gelassenheit trotzdem offensiv positiv dar.

Sie haben es auch nötig, denn von Bagatellkündigungen wegen Bleistift-, Frikadellen- und Pfandbonverlust über Bespitzelung bis hin zu Lohndumping gibt es stets reichlich Ärger.

Solche Fassadenhaftigkeit brüskiert. Statt Schein und Sein werden Transparenz und Moral gefordert! Im Vorwurf der Fassaden liegt die treffende Beschreibung der Außenseite „problematischer“ Firmen. Der schwedische Organisationsforscher Nils Brunsson (The Organization of Hypocrisy, 1989) hat in puncto Imagepflege auf den Nutzen von Heuchelei hingewiesen. Schließlich werden mit der Betriebsgröße soziale Ansprüche vielseitiger: perfekte Arbeitsbedingungen, Umwelt schützen, Investoren füttern, Gemeinnütziges fördern, bester Kundenservice zum kleinen Preis. Wachsende Zielkonflikte führen zu Heuchelei!



PRIVAT

Für das Problem der Heuchelei gibt es keine einfachen Antworten. In die Enge getrieben, errichten Großbetriebe neue Fassaden, die die Brüchigkeit der alten glätten. Das nützt, solange die medialen Scheinwerfer auf die Beklagten Verhältnisse gerichtet sind – ein meist kurzfristiger Zustand.

Zwar könnten reduzierte Ansprüche helfen, Heuchelei zu dämpfen. Dazu gehörte dann aber auch die Einsicht, dass die Kunden und die Beschäftigten Heuchelei selbst fördern und von ihr profitieren, weil alle Scheinheiligkeit sie nicht davon abhält, als Käufer oder Bewerber morgen wieder da aufzukreuzen, wo sie gestern noch Lug und Trug mo- nierten.

Auch Skandal-Firmen täten gut daran, sich ab und an die Frage zu stellen, ob man sich mit Hochglanzlächeln nicht eigentlich zum Affen macht! Da lauert nur schon der nächste Konflikt, wollen doch auch die innerbetrieblichen Putzkolonnen sich nützlich machen, was ihnen am besten bei der Fassadenreinigung für neue Kunden und Kollegen gelingt. Und die Umworbene wollen auch nicht immer so ganz genau wissen, was sich hinter manch hübscher Fassade so alles verbirgt.

Der Autor ist Organisationsforscher an der Universität Oldenburg.

ANALYSE

Rückschlag für den Grünstrom

FRANK-THOMAS WENZEL



Die Zustimmung zu der Idee, Wind- und Sonnenstrom künftig direkt zu vermarkten, war groß. Doch das Wirtschaftsministerium winkt nun ab. Die Enttäuschung darüber ist enorm.

Grünstrom direkt vom Erzeuger, das wünschen sich viele Freunde der Öko-Energie. Und das könnte die Akzeptanz der Energiewende steigern. Doch daraus wird erst einmal nichts. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) senkt den Daumen.

Die echte Direktvermarktung von Wind- und Sonnenstrom ist hierzulande derzeit praktisch unmöglich. Wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das schreibt vor: Die Betreiber regenerativer Anlagen speisen ihren Strom ins Netz ein und erhalten dafür eine fixe Vergütung. Der Strom wird von den Netzbetreibern an der Börse verkauft. Dort wird alles, was im Angebot ist, zwecks Vermarktung in einem großen Topf miteinander vermengt. Die Verbraucher bekommen also immer einen Mix geliefert, in dem auch konventionell erzeugte Energie ist.

Um die Grünstrom-Direktvermarktung möglich zu machen, gibt es viele Ideen. Der Bundesrat und eine Gruppe von Koalitionsabgeordneten haben sich dafür stark gemacht, Konzepte zu entwickeln. Für Aufsehen hat eine Initiative gesorgt, zu der unter anderem Greenpeace Energy und Naturstrom, aber auch Verbände und der börsennotierte Energiekonzern MVV Energie gehören. Auch die Grünen gehören zu den Unterstützern. Gemeinsam wurde das sogenannte Grünstrommarktmodell (GMM) entwickelt. Es sieht vereinfacht formuliert vor, dass etwa ein Stadtwerk oder ein anderer Versorger di-

rekt mit einem lokalen Betreiber von Windmühlen einen Stromliefervertrag abschließt – was mit einem Zertifikat bescheinigt wird. Letzteres wäre wichtig für die Vermarktung der regional-erzeugten Ökoenergie. Das Stadtwerk soll dann die Einspeisevergütung direkt an den Anlagenbetreiber bezahlen. So würde der EEG-Mechanismus mit dem Börsenhandel umgangen. Die Idee war, das bis in Details ausgearbeitete GMM in eine Verordnung zu gießen.

Experten im Wirtschaftsministerium haben das Konzept inzwischen geprüft. Und winken ab. „Wir sind zu dem Ergebnis ge-

kommen, dass das sogenannte Grünstrommarktmodell von den derzeitigen Marktmodellen europarechtlich am problematischsten ist“, heißt es in einem Brief von Minister Gabriel an die Energieexperten der Koalitionsfraktionen – das Schreiben liegt dieser Zeitung vor. Das GMM erhöhe die Gefahr, dass das deutsche System für die Erneuerbaren noch weiter für ausländische Anbieter geöffnet werden müsse. Dies will die Bundesregierung nicht, weil dadurch EEG-Fördergeld ins Ausland abfließen würde. „Zudem wäre das Modell voraussichtlich nicht kostenneutral, äußerst komplex und ohne relevanten energiewirtschaftlichen Mehrwert“, schreibt Gabriel. „Das Bundeswirtschaftsministerium sieht das Grünstrommarktmodell deshalb nicht als geeignet an, es in eine Verordnung umzusetzen.“

Gleichwohl will der Minister das Thema nicht gänzlich zu den Akten legen. Aus seinem Schreiben geht hervor, dass er eine Arbeitsgruppe einrichten will, die „ein Modell für eine regionale Stromkennzeichnung für EEG-geförderten Strom“ entwickeln und dabei europarechtliche Bedenken ausräumen soll. Für Oliver Krischer von der grünen Bundestagsfraktion steht dennoch fest: Statt die Dezentralität der Erneuerbaren als Stärke zu nutzen, setze Gabriel auf die teure zentralistischen Zwangsvermarktung über die Strombörse. Sein Fazit: „So macht man die Energiewende kaputt.“

Kopf oder Zahl

4 von fünf Deutschen haben Interesse an Elektro-Autos, meldet ein Verbraucherportal nach einer repräsentativen Befragung von 1000 Bundesbürgern. Wichtiges Ergebnis der Studie: Für E-Autos sind die Deutschen durchaus bereit, einen Aufpreis zu bezahlen. Zwar haben gut elf Prozent gesagt, sie würden ein E-Auto nur zu einem niedrigeren Preis kaufen als ein herkömmliches und rund ein Viertel ist nicht bereit, mehr zu bezahlen. Aber zusammengenommen ein Drittel würde durchaus mehr ausgeben. Die Mehrheit davon ist bereit, 2000 Euro zusätzlich auf den Tisch zu legen, fast zehn Prozent aber auch bis zu 5000 Euro mehr. FR



FR

Jack Dorsey, Twitter-Chef, gibt ein Drittel seiner Aktien am Kurznachrichtendienst an die Mitarbeiter ab. Die Anteilsscheine im Wert von knapp 200 Millionen Dollar sollten in den Aktien-Pool der Angestellten übergehen, twitterte Dorsey am Donnerstagabend. Der ungewöhnliche Schritt wurde als Versuch gewertet, die Stimmung in der Belegschaft zu heben. Twitter hat unlängst rund acht Prozent der Stellen abgebaut, mehrere hochrangige Manager verließen die Firma. FR

22000 Aushilfen suchen Paketdienste für die Weihnachtssaison berichtete die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf eine eigene Umfrage unter den fünf größten Anbietern. Damit schafft die Branche zehn Prozent mehr Aushilfs-Arbeitsplätze als im Vorjahr. 2014 waren laut dem Bundesverband Paket- und Expresslogistik 20 000 Saisonkräfte gesucht worden. Grund für die größere Nachfrage in diesem Jahr sei die gestiegene Zahl der Internetbestellungen. Mit bis zu 10 000 zusätzlichen Mitarbeitern sucht die Deutsche Post die meisten Aushilfen. Danach folgen Hermes, DPD und GLS, UPS nannte keine Zahl. afp